

## 53. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 16. März 2011, 14:15 Uhr bis 16:30 Uhr, im Rathaus

---

Vorsitz: Präsidentin Marina Garzotto (SVP)

Protokollführung: Sekretär Christian Aeschbach (FDP)

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Martin Abele (Grüne), Thomas Schwendener (SVP), Bruno Sidler (SVP)

---

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2010/393](#) Weisung vom 26.01.2011: FV  
Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011 der Stadt Zürich und  
Genehmigung der überarbeiteten Produktgruppen-  
Globalbudgets 2011

\* Keine materielle Behandlung

### Mitteilungen

#### **2009/437**

**Motion von Dr. Josef Widler (CVP) und Ernst Danner (EVP), vertreten durch Peter Anderegg (EVP) vom 23.09.2009:  
Zusammenlegung der Direktionen und Verwaltungen sowie Koordination des medizinischen Angebots der Stadtspitäler Triemli und Waid**

Dr. Josef Widler (CVP) zieht den Antrag auf gemeinsame Behandlung mit dem überarbeiteten Voranschlag 2011 zurück.

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1145. **2011/69**  
**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 16.03.2011:  
Atompolitik**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Bernhard Piller (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

#### Atompolitik

Es ist eingetreten, was nicht eintreten darf. Es ist eingetreten, was seit Tschernobyl befürchtet wurde, dass es irgendwann wieder eintreten wird. Nun hat die Katastrophe 25 Jahre nach den UkrainerInnen und WeissrussInnen auch die JapanerInnen ereilt. Eine menschliche Katastrophe sondergleichen.

Die Atomenergie ist eine unverantwortbare, nicht beherrschbare Technologie. Wir müssen aus deren Nutzung so schnell wie möglich aussteigen. Das war und ist schon immer unsere Position, seit November 2008 zum Glück auch diejenige der Stadt Zürich, ihrer Bevölkerung und die Strategie unseres stadt eigenen Elektrizitätswerks. Mehr denn je geht es für die Stadt Zürich nun darum, ihren Einfluss geltend zu machen, dass dort wo wir noch an Atomkraftwerken beteiligt sind, auf eine schnellstmögliche Stilllegung hin zu arbeiten ist. Der Kanton Zürich und sein Elektrizitätswerk EKZ setzen hingegen auch in Zukunft auf Atomenergie. Im November 2010 veröffentlichte der Regierungsrat des Kantons Zürich den Energieplanungsbericht 2010. Dieser setzt für die zukünftige Stromversorgung auf neue Atomkraftwerke. Dieser Energieplanungsbericht 2010 ist seit dem vergangenen Wochenende Makulatur.

Die Politik des Kantons muss sich angesichts des katastrophalen Atomunfalls im Atomkraftwerk Fukushima schnellstmöglich ändern. Es braucht einen Kurswechsel, hin zu einer vollständig auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung.

Vor wenigen Wochen lancierten Personen aus diversen Parteien in einer breiten links-grün-mitte Koalition die kantonale Volksinitiative „Strom für morn“. Erst vor zwei Wochen gingen die Unterschriftenbogen hier durch diese Reihen. Wir sind froh darüber, diese Initiative vor dem Atomunfall in Japan lanciert zu haben. Ausserdem reichen die Grünen heute einen Beschlussantrag für eine Behördeninitiative ein, welche den Kanton zu einer energiepolitischen Kehrtwende auffordert. Auch der Kanton Zürich muss eine Strategie zum schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie ausarbeiten.

## G e s c h ä f t e

### 1146. 2010/393

**Weisung vom 26.01.2011:**

**Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011 der Stadt Zürich und Genehmigung der überarbeiteten Produktegruppen-Globalbudgets 2011**

Beratungsgrundlagen:

- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 26.01.2011
- Produktegruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 26.01.2011
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 07.03.2011
- Anträge der RPK vom 07.03.2011, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Namens der RPK nimmt der Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Stellung.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 1147 – 1154)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

### 1147. 2011/70

**Erklärung der SP-Fraktion vom 16.03.2011:  
Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011**

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Voranschlag 2011 - Finanzpolitischer Ausnahmezustand ohne Grund

Seit Dezember ist die Stadt Zürich im finanzpolitischen Ausnahmezustand: Eine bürgerliche Koalition unter der Führung der SVP hat die Rückweisung des Budgets beschlossen. Damit einher ging der Auftrag an den Stadtrat, ein ausgeglichenes Budget vorzulegen. Dieser Auftrag war ausschliesslich ideologisch motiviert – denn die Finanzen der Stadt Zürich sind kerngesund. Ende 2010 verfügte die Stadt Zürich immer noch über

ein Eigenkapital von über 720 Millionen. Ab spätestens 2013 werden wieder schwarze Zahlen geschrieben. Die bürgerliche Kürzungscoalition aus SVP, FDP, GLP, CVP und EVP hat während des gesamten Prozesses keine substantiellen Vorschläge dazu gemacht, auf welche Leistungen die Stadt künftig verzichten soll. Im Gegenteil: Bei jeder Kürzung, die kommuniziert wurde, teilten Exponenten der Bürgerlichen in den Medien mit, genau diese hätten sie jetzt nicht gemeint. Das Ziel ist ebenso klar, wie die Strategie durchsichtig: Die Bürgerlichen wollen ihre Budgetverantwortung an den Stadtrat abschieben, um ihn nun für die schmerzhaften und unpopulären Einschnitte verantwortlich zu machen. Der Stadtrat hat indes mehrmals klar dargelegt, dass das nun vorliegende Budget von der bürgerlichen Gemeinderatsmehrheit erzwungen worden ist und er die Kürzungen gegen seinen Willen vornehmen musste.

Ab heute kann sich die bürgerliche Kürzungscoalition nicht mehr vor der Verantwortung drücken. Wenn sie heute (und in einer Woche) die Wiederaufstockungsanträge von SP, Grünen und Alternativen allesamt ablehnen, tragen sie alleine die Verantwortung dafür, dass die Realisierung des Hardturmstadions ausgerechnet jetzt ein Jahr aufgeschoben wird, dass 15 Polizeistellen an der Front nicht besetzt werden können, dass in der Frauenklinik im Triemli Engpässe entstehen, dass bei der Entwicklungszusammenarbeit und damit bei den Ärmsten dieser Welt gekürzt wird, und dass die PWG keine Abschreibungsbeiträge erhält und damit ihren Auftrag, günstige Wohn- und Gewerberäume in der Stadt Zürich zu erhalten, nicht erfüllen kann. SVP, FDP, GLP, CVP und EVP sind verantwortlich dafür, dass in den Altersheimen keine Unterhaltungsnachmittage mehr durchgeführt werden können und dass das städtische Personal in diesem Jahr keine Lunch-Checks erhält. Für das Total der Kürzungen, die Personal und Bevölkerung treffen, trägt allein die bürgerliche Gemeinderatsmehrheit die Verantwortung – ebenso wie für den entstandenen Imageschaden für Zürich. Die SP hat die Rückweisung des Budgets und den damit verbundenen Abbauauftrag bereits im Dezember entschieden abgelehnt. Angesichts der verbesserten Ertragssituation ist der erzwungene Finanznotstand umso grotesker. Denn bekanntlich hat neben dem Kanton Zürich auch in der Stadt Zürich die Rechnung 2010 weitaus besser abgeschnitten als ursprünglich budgetiert. Gerade vor diesem Hintergrund mutet es eigenartig an, dass die bürgerliche Mehrheit ihre Budgethoheit so einfach aus der Hand gibt: Zwar hat man versprochen, das neue Budget genau zu prüfen, um unter Umständen Korrekturen anzubringen und die Diskussion darüber zu lancieren, welche Ausgaben nötig sind und welche nicht – eine konstruktive Diskussion, für die wir uns immer offen gezeigt haben, hat bis heute jedoch nicht stattgefunden. Die SP hat mehrmals den Dialog angeboten und einen substantiellen Kompromiss vorgeschlagen, jedoch vergeblich. Heute wissen wir: Die bürgerliche Ankündigung, die neue Ausgangslage genau zu prüfen, war nichts anderes als ein Lippenbekenntnis. Was bleibt, ist die bürgerliche Politik der leeren Kassen, die staatliche Leistungen für die Bevölkerung reduzieren will, um danach die Steuern für einige Wenige zu senken. Dass dies die Politik von SVP und FDP ist, wissen wir. Dass die Mitte-Parteien diesem Kurs so unkritisch folgen, nehmen wir mit Befremden zur Kenntnis. Die Fraktionspräsidenten der bürgerlichen Kürzungscoalition haben untereinander schriftlich ein Versprechen abgegeben, das verlangte neue Budget unbesehen durchzuwinken. Ihr Versprechen an die eigenen Wählerinnen und Wähler, sich für das Wohl der Stadt Zürich einzusetzen, haben sie offensichtlich vergessen.

Die SP bleibt dabei: Die Kürzungen sind unnötig, beschneiden auf spürbare Weise wichtige Leistungen für die Stadtzürcher Bevölkerung und demotivieren das städtische Personal. Zudem bewirken zahlreiche der geplanten Massnahmen keine wirklichen Aufwandminderungen, da sie lediglich eine Verschiebung von Ausgaben darstellen, womit letztlich teilweise gar eine Verteuerung einzelner Aufgaben in Kauf genommen wird. Trotz kerngesunder städtischer Finanzen werden so die Standortqualität, die Umsetzung von Volksscheiden und die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin mutwillig gefährdet. Und obwohl sich die Stadt Zürich nun über Jahre mit einer weitsichtigen Finanzpolitik ein grundsolides Eigenkapital aufgebaut hat, also im eigentlichen Wortsinn „gespart“ hat, wohnen wir heute bereits zum zweiten Mal einem von bürgerlicher Seite inszenierten Trauerspiel bei, bei dem es keine Gewinner, sondern nur Verlierer geben wird: Die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt Zürich.

**1148. 2011/71**  
**Erklärung der SVP-Fraktion vom 16.03.2011:**  
**Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011**

Namens der SVP-Fraktion verliest Theo Hauri (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Wirksame Sanierung der Finanzen

Und siehe da: Allen Unkenrufen der vereinigten Mittel verprassenden Linken zum Trotz funktioniert unser Gemeinwesen auch ohne ein völlig überladenes Budget problemlos. Auf dem Weg zum übergeordneten Ziel, eine wirksame Sanierung der Finanzen zu erreichen und das Eigenkapital zu stärken, war die Rückweisung goldrichtig. Zur Vermeidung von roten Zahlen und der unausweichlichen mittelfristigen Überschuldung war diese fundamentale Kehrtwendung unerlässlich. Im Kanton Schwyz und in weiteren gut geführten Kommunen wird die unkontrollierte Aufblähung der Staatsfinanzen nicht mehr akzeptiert. Es werden aufwandreduzierte Budgets verlangt. Es wird höchste Zeit, dass auch unsere Exekutive diese Grundregeln für einen dauerhaft gesunden Finanzhaushalt ohne Wenn und Aber akzeptiert. Die Jahresabschlüsse zahlreicher privatwirtschaftlich geführter Unternehmungen zeigen derzeit deutlich auf,

dass nur mit einschneidenden Massnahmen auf der Kostenseite, gepaart mit Verbesserungen auf der Ertragsseite, schlanke und für die Zukunft optimal vorbereitete Firmen langfristig Erfolg haben werden. Unser Gemeinwesen ist weder schlank noch für die Zukunft gerüstet. Zu zögerlich, unvollständig und den strukturellen Problemen konsequent ausweichend ist der Auftrag „Ausgeglichenes Budget“ angegangen und erfüllt worden. Einmal mehr hat der Stadtrat die Chance einer strukturellen Verwaltungsreform oder auch nur eines Ansatzes davon verpasst. Für den überarbeiteten, von Widerwillen und Trotz nur so strotzenden Voranschlag trägt der Stadtrat die volle Verantwortung. Das Flickwerk trägt den oben beschriebenen Maximen viel zu wenig Rechnung und erfüllt die Anforderungen der SVP-Fraktion bei weitem nicht. Von Kaputtsparen kann überhaupt keine Rede sein. Der rot-grün dominierte Stadtrat hat sich bei der Durchsicht des reichhaltigen Ausgaben- und Investitionskatalogs lediglich auf das Notwendigste beschränkt. Während bürgerliche Anliegen genüsslich torpediert, beschnitten oder gar gänzlich gestrichen werden, kommt das in jeder Hinsicht üppig ausgestattete Kultur- und Multi-Kulti-Segment praktisch ungeschoren davon. Das ungehörlich laute Wehklagen der Personalverbände über steuerfreie Lunchchecks lenkt medienwirksam davon ab, dass die höchst konkurrenzfähigen Löhne und Zulagen, der verbriefte automatische Teuerungsausgleich, die fürstlich dotierten Pensionskassenbedingungen etc. unverändert belassen werden. Von solchen in jeder Hinsicht komfortablen, ja fast paradiesischen Zuständen können die Angestellten in der Privatwirtschaft nur träumen. Die SVP-Fraktion hat schon immer ihre Kritik an den zahlreichen fremdfinanzierten Investitionen angemahnt. Statt diese Vorhaben lediglich zu verschieben wäre der Stadtrat gut beraten, die Notwendigkeit und die sinnvolle Zweckbestimmung jedes Projekts bereits vor dem Erlass von Weisungen gründlich zu überdenken. Bei unverhältnismässigem Kosten-Nutzenverhältnis ist auf eine Realisierung strikte zu verzichten.

Die SVP-Fraktion hat buchstäblich seit Jahrzehnten bewiesen, dass sie auf allen Ebenen sinn- und wirkungsvolle Einzel- oder pauschale Sparanträge zu formulieren weiss. Leider mit wenig Erfolg. Jetzt plötzlich wollen die notorischen Steuer- und Gebührengeld-Verschleuderer in diesem Haus die jetzt vom Stadtrat pauschal vorgenommenen Pauschalkürzungen abschmettern. Nicht unsere angeblich fehlende Phantasielosigkeit und Verweigerung der konstruktiven Mitarbeit stehen somit am Pranger, sondern die von den Linken stur und bar jeglicher Einsicht praktizierte Fortsetzung der verantwortungslosen und masslosen Schuldenwirtschaft.

Trotz unserer ausdrücklichen Missbilligung der vorgenommenen Aufwertungen und vor allem der weitgehend auf dem Prinzip Hoffnung beruhenden Steuererhöhungen akzeptiert die SVP-Fraktion, im Einklang mit den bürgerlichen Kräften, den überarbeiteten Voranschlag 2011 in der vorliegenden Fassung. Es gilt, Partikularinteressen jeglicher Couleur dem Gesamtergebnis rote Null unterzuordnen. Wir anerkennen, dass der Stadtrat die ersten Schritte auf dem Weg zur Tugend unternimmt. Wir ermuntern das notorisch ausgabenfreudige Gremium in seinen Bemühungen, das Eigenkapital mittelfristig auf den Stand einer echt verdienten Milliarde Franken zu bringen, nicht locker zu lassen.

#### **1149. 2011/72 Erklärung der FDP-Fraktion vom 16.03.2011: Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011**

Namens der FDP-Fraktion verliest Roger Tognella (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgeglichene Budgetierung als Eckwert für gesunde Finanzen der Stadt

Die zu erwartenden Instabilitäten auf globalem Niveau nach den jüngsten Ereignissen machen es für die FDP klar, dass die Forderung nach einem ausgeglichenen Budget weiterhin aktuell bleiben wird. Ein Eigenkapital von gut 700 Mio Franken hilft, dass Krisen zumindest kurzfristig überwunden werden können, ohne dass höhere Steuern drohen.

Mit dem nun vorliegenden Budget kann die FDP insofern zufrieden sein, dass Ausgaben und Einnahmen im Lot sind. Der Stadtrat zeigt mit dem Budgetentwurf Prioritäten auf. Insbesondere beim Personal sollen insgesamt 42 Mio Franken weniger ausgegeben werden als in der ursprünglichen Fassung. Dies gilt es jedoch zu relativieren. Denn 11,4 Mio Franken betreffen Lunch- und Reka Checks, welche in der Privatwirtschaft keineswegs zum normalen Lohn gehören. Der Teuerungsausgleich wird garantiert. Somit kann niemand ernsthaft behaupten, dass für das Personal ein Reallohnverlust entsteht. Nicht zu vergessen sind auch die im Vergleich mit anderen Gemeinwesen grosszügig gewährten jährlichen sechs Betriebsferientage. Die Stadt ist nach wie vor eine attraktive Arbeitgeberin, mit einem stabilen Lohnsystem und sehr guten Sozialleistungen (z.B. Pensionskasse). Der nun aufkommende Unmut des Personals darf aber nicht nur einfach auf das sogenannte "Spar-Budget" geschoben werden. Vielmehr sind die sich nun zeigenden Problemzonen im Bereich der Polizei, aber auch bei den Pflegemitarbeitenden beherzt und lösungsorientiert anzugehen. Insbesondere bei den Ausgaben für das Personal hat die FDP immer und immer wieder auf das starke Stellenwachstum hingewiesen. Während im Budget 2010 erstmals ein Wachstum bei den Personalkosten ausblieb, ist mit dem überarbeiteten Budget das Stellenwachstum mit 1,9% oder einen Wachstum von 9 Mio Franken im Vergleich zum Voranschlag 2010 im Rahmen des Wachstums der Bevölkerung der Stadt Zürich. Es ist einsichtig, dass eine wachsende Stadt in gewissen Bereichen auch zusätzliche Stellen benötigt. Allerdings müssen hier klare Prioritäten gesetzt werden: Bildung, Pflegebereich und Sicherheit sind solche Prioritäten.

täten. Wie die FDP schon lange fordert, sollte der Einsatz der bestehenden Stellen in den entsprechenden Departementen so gestaltet werden, dass ein Optimum erreicht wird. So wäre es ja denkbar, dass die nun nicht im Voranschlag beantragten Hebammenstellen durch interne Umorganisationen durch die zuständige Departementsleitung sichergestellt werden könnten. Auch bei der Polizei dürften interne Optimierungen für eine stärkere Präsenz an der Front ohne zusätzliche Stellen möglich sein. In früheren Budgetdebatten wurden solche Vorschläge der FDP jeweils abgelehnt.

Gar keine Federn lassen musste der Kulturbereich, für den die Stadtpräsidentin zuständig ist. Hier sind Überprüfungen angesagt wie auch z.B. im Bereich Strassenbegrünung. Kunst am Bau oder generell das teure Bauen sind kritisch zu hinterfragen. Dies fällt einzelnen Stadträtinnen und Stadträten offenkundig schwer. Die durch die Budgetrückweisung angestossene öffentliche Diskussion hat jedoch klar den Unmut der Bevölkerung und der Mitarbeitenden auf den Tisch gebracht. Auch hier sieht die FDP Handlungsbedarf beim Stadtrat, indem die Bevölkerung aber auch die Mitarbeitenden entsprechend ernst genommen werden müssen.

Das vorliegende, ausgeglichene Budget ist jedoch auch ein klares Signal für eine weiterhin grosse Standortattraktivität bei gleichbleibender Steuerbelastung in der Stadt Zürich. In einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld kann die Stadt immer noch netto eine Milliarde Franken in die Infrastruktur investieren. Dies obwohl die Sparmassnahmen den Investitionsaufwand um 70,2 Mio Franken reduzieren. Für die Zukunft bleibt für die FDP nach Abschluss der Kommissionsberatungen die Forderung für ein Fussballstadion und ein attraktives Kongresszentrum bestehen. Allerdings muss hier die Linke über die Bücher, indem die bisher zurückgewiesene Form des "Public Private Partnership" wieder auf der Liste möglicher Finanzierungslösungen stehen muss. Die Priorität aller Parteien muss bei der Schaffung guter Rahmenbedingungen für attraktive Arbeitsplätze und hohe Wohnqualität bleiben. Dazu gehören auch Kultur, Kunst und Investitionen in die Infrastruktur für neue erneuerbare Energieerzeugung, Glasfasernetz, aber auch öffentlicher Verkehr und funktionierender motorisierter Individualverkehr. Die FDP wird sich darum weiterhin für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und damit für Arbeitsplätze sowie gute Rahmenbedingungen einsetzen.

**1150. 2011/73**  
**Erklärung der Grüne-Fraktion vom 16.03.2011:**  
**Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011**

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2011 B: Die Stunde der Wahrheit

Die Stadt Zürich verfügt über ein Eigenkapital von 720 Millionen Franken, die Rechnung 2010 hat um 219 Mio Franken besser abgeschnitten als budgetiert, die finanziellen Aussichten sind gut. Es besteht damit die Möglichkeit, dass wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass die Stadt Zürich ihre Vorbildfunktion im Umweltschutz wahrnehmen kann, dass dringend benötigte neue Stellen geschaffen werden, um die sich stetig wandelnden Aufgaben dieser Stadt zu bewältigen, dass der soziale Friede gesichert und ja, dass sogar ein neues Fussballstadion geplant werden kann.

Alles Aufgaben also, die wir in den Parteiprogrammen, aber auch in den bunten Wahlbroschüren aktuell wieder nachlesen können. Nur: Eine bunt zusammen gewürfelte Koalition, die männerbündlerisch zusammensteht „wie eine Eins“, hat es sich zur Aufgabe gemacht, ihre Wählerinnen und Wähler genau um diese Wahlversprechen zu prellen.

Die SVP verspricht mehr Sicherheit, lehnt aber trotz des ausgewiesenen Bedarfs zusätzliche Polizeistellen ab. Die FDP mit Sportturbo Egger will so schnell wie möglich ein Fussballstadion, aber auch ein Kongresshaus, und verschiebt deshalb diese Projekte um ein weiteres Jahr. Völlig unglaubwürdig sind die Mitteparteien. Weil es auf jede einzelne Stimme in der Sparfraktion ankommt, hätten GLP, CVP und EVP alle Trümpfe in der Hand gehabt. Herausgekommen ist allerdings nur die SVP-Nullrunde. Pulverisiert ist der Anspruch der Christlichen Parteien auf sozialen Ausgleich. Sparen in Alters- und Pflegeheimen ist angesagt, die Familienpartei CVP lässt die Gebärenden auf der Strasse stehen. Und der so genannt Grünliberalen Partei sind Luxussanierungen von Parkhäusern wichtiger als ökologische Investitionen in Gebäude oder die Planung neuer Velowege. Wenn vom ökologischen Gewissen nur noch Gewissensbisse übrig bleiben, ist der Anspruch der GLP, sachpolitisch und ökologisch mit zu gestalten, schon gescheitert, bevor sie überhaupt zu arbeiten begonnen hat. Denn gerade heute ist Umweltschutz nötiger denn je.

Wir geben Ihnen heute noch einmal die Chance, mit einem ausgewogenen Kompromiss die nötigen Investitionen in die Zukunft zu tätigen und den sozialen Frieden zu erhalten. Wir geben Ihnen die Möglichkeit, Ja zu sagen: Ja zu den alten Menschen, Ja zu den Gebärenden, Ja zu Familien, Ja zu mehr Sicherheit, Ja zu den Fussballfans, Ja zu ökologischen Investitionen und zur Planung eines umweltgerechten Verkehrs, Ja zum Personal, Ja zum städtischen Gewerbe. Nutzen Sie diese Chance.

Wenn Sie diese Anträge nicht annehmen, tragen Sie die Verantwortung für den gewaltigen Flurschaden, den Sie damit anrichten. Nicht, weil die eine oder andere Budgetkürzung nicht verkräftbar wäre. Nein, weil in der Stadt Zürich das Vertrauen in die Politik und in die Fähigkeit, sachgerechte Lösungen zu ermöglichen, ganz grundsätzlich in Frage gestellt wird.

**1151. 2011/74**  
**Erklärung der GLP-Fraktion vom 16.03.2011:**  
**Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011**

Namens der GLP-Fraktion verliest Gian von Planta (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Ausgabenwachstum gebremst

Mit der Rückweisung des Budgets wollten die Grünliberalen den Automatismus der jährlich steigenden Aufwendungen stoppen, das städtische Eigenkapital schonen und die Diskussion über Sinn und Unsinn städtischer Ausgaben und Aufgaben lancieren.

Diese Ziele haben wir – mehr oder weniger – erreicht. Zwar gibt die Stadt auch in diesem Jahr mehr Geld aus – im Vergleich zum Budget 2010 74.4 Millionen und im Vergleich zur Rechnung 2010 gar 150 Millionen Franken, aber immerhin steigen die Ausgaben nicht ganz so stark, wie ursprünglich geplant.

Die GLP anerkennt die Leistung und Opfer von Stadtrat und Verwaltung bei der Überarbeitung des Budgets und findet, dass die Aufgabe, welche der Bezirksrat noch erschwert hat, im grossen Ganzen gut gemeistert wurde. Bei einer genaueren Überprüfung lösten einzelne (veränderte und unveränderte) Positionen allerdings Fragen, andere gar Kopfschütteln aus. Trotzdem verzichtet die GLP darauf, eigene Anträge zu stellen oder fremde zu unterstützen. Eine ausufernde Debatte mit wenigen Änderungen würde dazu führen, dass zum Schluss eine Mehrheit des Gemeinderats unzufrieden wäre und die Stadt ohne Budget dastünde.

Die Unterstützung des stadträtlichen Budgets Variante B bedeutet für uns wie für die meisten Beteiligten, dass auch bei den eigenen Zielen Abstriche gemacht werden müssen. Wir bedauern beispielsweise die Kürzungen im Bereich Ökologie, sind aber gleichzeitig froh, dass von den Ertragsverbesserungen nur rund 1% auf solche Massnahmen fallen und der Stadtrat offenbar den Umweltschutz weiterhin hoch gewichtet und die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft ernst nimmt.

Das Eigenkapital wird dank dem nun ausgeglichenen Budget 2011 und natürlich auch dank dem günstigen Abschluss 2010 tatsächlich geschont. Verdüstern sich die Prognosen für die Zukunft nicht, ist damit der Spielraum vorhanden, um über sinnvolle künftige Investitionen nachzudenken.

Die GLP hofft, dass die Debatten über städtische Kosten und Leistungen, welche durch die Rückweisung ausgelöst wurden, mit der Verabschiedung des Budgets nicht enden. Die Grünliberalen werden auch in Zukunft darauf achten, dass die Stadt mit den Steuergeldern ihrer Bewohnerinnen und Bewohner sorgsam umgeht.

**1152. 2011/75**  
**Erklärung der CVP-Fraktion vom 16.03.2011:**  
**Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011**

Namens der CVP-Fraktion verliest Christian Traber (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Was lange währt, wird endlich gut!

Im vergangenen Dezember wies eine Koalition aus bürgerlichen und Mitte-Parteien das vorgelegte Budget des Stadtrats zurück mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget 2011 auszuarbeiten. Diesem ausgeglichenen Budget sollte dann auch ohne weitere Anträge zugestimmt werden. Das war die Vereinbarung, zu welcher sich sämtliche beteiligten Parteien verpflichteten.

Die Fraktion der CVP nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass dieses Bündnis für eine vernünftige Finanzpolitik in der Stadt Zürich standhaft bleibt. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass vor dem Hintergrund eines drohenden strukturellen Defizites die Rückweisung des Budgets für das Jahr 2011 das richtige Vorgehen war. Wir sind überzeugt, dass die Stadt Zürich gerade in einem sich wirtschaftlich aufhellenden Umfeld mindestens ein ausgeglichenes Budget aufweisen soll.

Wie jede andere Partei hat auch die CVP mit der Zustimmung zum nun vom Stadtrat vorgelegten, überarbeiteten und ausgeglichenen Budget, einige „Kröten zu schlucken“. Die Streichung von Budgetpositionen wie z.B. die Lohnmassnahmen für das Personal, die Verzichte auf neue Stellen im Triemlihospital, bei der Stadtpolizei oder bei Schutz und Rettung fallen der CVP alles andere als leicht. Allerdings – und das verschweigen wir nicht – hätten wir uns seitens Stadtrat mehr nachhaltige und wiederkehrende Sparanträge gewünscht.

Die CVP bleibt auch in Zukunft für den Stadtrat und die Stadt Zürich ein verlässlicher Partner was eine vernünftige Finanzpolitik angeht. Unser Fokus liegt dabei nicht nur auf dem Budget 2011, sondern primär in mittel- und langfristigen Überlegungen. Wir erinnern daran, dass für die Fraktion der CVP die laufende, strenge Überprüfung der städtischen Ausgaben ein wichtiger Auftrag an den Stadtrat ist. Wir hoffen, dass er für das Budget 2012 die Weichen richtig stellt. Das vorhandene Eigenkapital darf gerade in guten Zeiten nicht angetastet werden!

**1153. 2011/76**  
**Erklärung der AL-Fraktion vom 16.03.2011:**  
**Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Die Alternative Liste lehnt das vorliegende Budget 2011 der Stadt Zürich ab

Als die bürgerliche Fünferbande im November 2010 im Café Metropol ihren Blutschwur geleistet hatte, wies die AL darauf hin, dass man mit der Budgetrückweisung und der Forderung nach einem ausgeglichenen Budget entweder Budgetkosmetik oder absurde Streichanträge provoziere. Beides ist eingetreten.

**Budgetglück**

Durch die Aktualisierung der Budgetzahlen und ein paar Handgriffe des schlaun Finanzvorstandes ist das Buchdefizit, das der Stadtrat in seinem ersten Voranschlag präsentiert hatte, wie durch Zauberhand zusammengeschmolzen. Die verbesserten Ertragsprognosen (plus 70 Millionen), der wegen der tieferen Teuerung gesunkene Aufwand für den Teuerungsausgleich (minus 10 Millionen), der reduzierte Abschreibungsbedarf wegen ohnehin nicht realisierbaren Investitionen und diverse Anpassungen der Ausgabeprognosen vom Sommer 2010 an die Realitäten des Januar 2011 haben Wunder gewirkt. Insgesamt dürften diese Budgetanpassungen – die der freisinnige Finanzvorstand nun nicht mehr mit der Rechnung als Erfolg der zurückhaltenden Ausgabenpolitik präsentieren kann – weit mehr als die Hälfte des Sparauftrags abdecken.

**30 Millionen Franken weniger Steuerausfälle dank Gemeinde-Referendum**

Erfreut ist die AL natürlich, dass 30 dieser Millionen ihrem Wirken zugeschrieben werden dürfen. Am 8. September 2010 hat eine Koalition der finanzpolitischen Vernunft das Gemeindereferendum gegen die kantonale Unternehmenssteuerrevision beschlossen. Martin Vollenwyders Budgetplaner hatten zu diesem Zeitpunkt bereits einen Steuerausfall von 30 Millionen Franken in den Voranschlag 2011a eingestellt. Wegen des Referendums ist die Steuergesetzrevision nicht auf den 1. Januar 2011 in Kraft getreten, weshalb im Voranschlag 2011b eine erfreuliche Mehrung des Steuerertrags zu finden ist. Eine Verbesserung, die nicht auf Zahlenschieberei hinausläuft, sondern real mehr Cash in die Stadtkasse bringt. Unseren KollegInnen von der EVP, die am 8. September 2010 mit uns zusammen dem Gemeindereferendum zum Durchbruch verholfen haben, wünschen wir eine baldige Rückkehr zur finanzpolitischen Vernunft.

**Absurde Streichvorschläge**

Einen scharfen Kontrast zum Budgetglück bilden die sehr realen Sparmassnahmen, die hauptsächlich das Personal treffen. Zum Beispiel Absurditäten wie der Vorschlag, 20'000 Angestellten mit der Streichung der Lunchchecks flächendeckend einen monatlichen Lohnzustupf von 100 Franken wegzunehmen, der die Erfolgsrechnung der Stadt mit genau 9,6 Millionen Franken belastet. Wenn ein Personalchef eines florierenden 7-Milliarden-Betriebs wegen eines solch lächerlichen Betrags seine Leute zum Protest auf die Strasse treibt, würde er per sofort entlassen. In der Stadt Zürich ist das anders, weil die Damen und Herren, die das Budget zurückgewiesen haben und diese Sparmassnahme abnicken werden, keine Verantwortung tragen müssen. In einer ganz anderen Dimension verantwortungslos ist der Vorschlag, 760'000 Franken in der Geburtsabteilung des Triemli-Spitals zu streichen. Wenn Dutzende von werdenden Müttern wegen dieser Sparmassnahme zum Gebären in ein Landspital ausweichen müssen, gleichzeitig aber im Hochbaudepartement neue IT-Spezialisten, bei der Immo neue Kundenberater und im Amt für Hochbauten neue Stadtplaner eingestellt werden dürfen, so hat der Stadtrat schlicht und einfach die Prioritäten falsch gesetzt. In diesem Fall darf der Stadtrat mildernde Umstände für sich in Anspruch nehmen. Mildernde Umstände, die den Abgeordneten von SVP, GLP, FDP, CVP und EVP nicht zugesprochen werden können. Mit vier Anträgen haben AL und Grüne der Sparkoalition gezeigt, wie der Ausbau der Gebärabteilung im Triemli-Spital per Sommer 2011 doch noch realisiert werden kann – ohne Budgetaufstockung wohlgermerkt, durch reine Kosten-Umlagerungen. Es ist bekannt, dass keiner der 64 auf diesen Vorschlag eintreten wird.

**Auf dünnem Eis**

Die Tatsache, dass selbst kostenneutrale und sachlich ausgewiesene Anträge im Gemeinderat keine Chance haben, macht eines deutlich: Die Tuenas und Liebis haben die Mehrheit mit der Budgetrückweisung auf sehr dünnes Eis gelockt. Das Eis ist so dünn, dass sich keine und keiner der 64 GemeinderätInnen der bunten Koalition mehr bewegen darf.

Bei diesem politischen Affentheater macht die AL nicht mit. Das vorliegende Budget kombiniert die SVP-Sparstrategie mit dem stadträtlichen Reflex, lieber Leistungen abzubauen als die Verwaltung zu verärgern – und ist deshalb schlicht und einfach nur ungeniessbar.

**1146. 2010/393****Weisung vom 26.01.2011:****Überarbeiteter Voranschlag (Budget) 2011 der Stadt Zürich und Genehmigung der überarbeiteten Produktegruppen-Globalbudgets 2011**

Namens der RPK nimmt der Präsident Dr. Urs Egger (FDP) Stellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintretensdebatte.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 54, Protokoll-Nr. 1146/2011).

**E i n g ä n g e**

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**1154. 2011/78****Beschlussantrag der Grüne-Fraktion vom 16.03.2011:****Behördeninitiative des Gemeinderats von Zürich vom 16.03.2011 betreffend der Erarbeitung einer Energiestrategie ohne nukleare Risiken**

Von der Grüne-Fraktion ist am 16. März 2011 folgender Beschlussantrag eingereicht worden:

Der Gemeinderat der Stadt Zürich beschliesst, beim Kanton Zürich eine Behördeninitiative einzureichen, mit welcher dieser beauftragt wird, eine Energiestrategie auszuarbeiten, welche auf nukleare Risiken verzichtet.

Begründung:

Im November 2010 veröffentlichte der Regierungsrat des Kantons Zürich den Energieplanungsbericht 2010. Dieser setzt für die zukünftige Stromversorgung auf neue Atomkraftwerke. Schon damals kritisierten wir diese Strategie als nicht zukunftsfähig.

Angesichts des katastrophalen Atomunfalls im Atomkraftwerk Fukushima drängt sich ein schnellstmöglicher Kurswechsel, hin zu einer vollständig auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung auf.

Der Energieplanungsbericht 2010 ist seit dem 11. März 2011 Makulatur.

Die durch Bundesrätin Leuthard bis auf weiteres angeordnete Sistierung der Rahmenbewilligungsgesuche für neue AKW in der Schweiz ist ein erster Schritt. Nun gilt es auch im Kanton Zürich eine Strompolitik zu verfolgen und umzusetzen, welche den geordneten Rückzug aus dieser Risikotechnologie vorsieht und auch erreicht.

Hierfür braucht es eine Atomausstiegsstrategie des Kantons Zürich.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Beschlussantrag wird auf die Tagliste einer der nächsten Sitzungen gesetzt.



**1155. 2011/79**  
**Schriftliche Anfrage von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne)**  
**vom 16.03.2011:**  
**Planungsstand betreffend dem Gebiet um den ehemaligen Bahnhof Letten**

Von Karin Meier-Bohrer (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) ist am 16. März 2011 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am 8. März 2011 ist im Tagesanzeiger zu lesen gewesen, dass die Stadt Zürich eine Präqualifikation für das Gebäude des ehemaligen Bahnhof Letten ausgeschrieben hat.

Das Gebiet zwischen Wasserwerkstrasse, Limmatkanal, Kornhausbrücke und Textilfachschule schliesst direkt an die Ausgeh- und Bademeile Oberer Letten an und ist durch die beliebte Limmatpromenade verbunden. Die Stadt hat das ehemalige Bahnhofsareal gekauft, um es als Naherholungsraum zu sichern. Neben dem Bahnhofsgebäude ist ein grosses eingezäuntes Parkplatzareal und zwei Gebäude des EWZ.

Wir bitten den Stadtrat in dieser Sache um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- 1) Hat der Stadtrat eine Planung für die Weiterentwicklung des gesamten Areals zwischen Wasserwerkstrasse, Limmatkanal, Kornhausbrücke und Textilfachschule?  
Wenn ja, wie weit ist die Planung?
- 2) Welche Massnahmen plant der Stadtrat, damit entlang der Limmatpromenade zunehmend ein Gebiet entsteht, das für SpaziergängerInnen attraktiv und zugänglich ist?
- 3) Wird die Bevölkerung in die Planung miteinbezogen?  
Wenn ja, wie?  
Wenn nein, warum nicht?
- 4) Beschränkt sich die jetzt ausgeschriebene Präqualifikation auf das Gebäude des ehemaligen Bahnhof Letten? Wie könnte die vorgesehene Umnutzung in Theater und Restaurant die Entwicklung des gesamten Areals präjudizieren?
- 5) Kann sich der Stadtrat vorstellen, das ehemalige Bahnhofsgebäude einer ähnlichen Nutzung zuzuführen wie der Kulturbahnhof Affoltern KuBa?  
Wenn nein, warum nicht?
- 6) Wer ist Eigentümer der Parkplätze, die stadtauswärts ans Bahnhofsgebäude anschliessen?
- 7) Wie ist heute die Nutzung der EWZ-Gebäude? Ist ein Teil der Gebäude weitervermietet? Falls ja, an wen und mit welcher Nutzung?

Mitteilung an den Stadtrat

## **K e n n t n i s n a h m e n**

**1156. 2011/48**  
**Dringliche Schriftliche Anfrage von Mirella Wepf (SP), Jacqueline Badran (SP) und 32 Mitunterzeichnenden vom 02.02.2011:**  
**Umnutzung des ehemaligen Luxus-Hotels Atlantis, Auflagen und Bedingungen im Zusammenhang mit der Umzonung des betreffenden Grundstücks**

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 258 vom 9. März 2011).

**1157. 2010/507**  
**Schriftliche Anfrage von Mirella Wepf (SP) vom 01.12.2010:**  
**Erhalt des Lands auf dem Herrenberg für die Landwirtschaft nach der Ablehnung des Golfprojekts**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 202 vom 2. März 2011).

**1158. 2010/523****Schriftliche Anfrage der AL-Fraktion vom 08.12.2010:  
Umnutzungsplanung der SBB-Areale entlang der Zollstrasse**

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 207 vom 2. März 2011).

**1159. 2010/419****Weisung vom 29.09.2010:  
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Kalkbreite, Zürich-Aussersihl**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 19. Januar 2011 ist am 25. Februar 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 23. März 2011.

**1160. 2010/470****Weisung vom 17.11.2010:  
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan Technopark, Teilrevision Escher-  
Wyss**

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 19. Januar 2011 ist am 25. Februar 2011 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 23. März 2011.

Nächste Sitzung: 16. März 2011, 17:00 Uhr.